

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Elena Roon

Abg. Melanie Huml

Abg. Julia Post

Abg. Anton Rittel

Abg. Franz Schmid

Abg. Claudia Köhler

Abg. Doris Rauscher

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Kostenexplosion Elternbeiträge verhindern - Für eine echte Entlastung unserer Familien! (Drs. 19/5967)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erste Rednerin ist die Abgeordnete Elena Roon für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Elena Roon (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen! Mit unserem Antrag wollen wir den Blick auf das Wesentliche lenken: unsere Familien in Bayern. Die Lebensunterhaltskosten sind in den letzten Jahren explodiert. Der Wocheneinkauf wird zum Armutsrisiko, Wohneigentum zur Utopie. Die laufenden Kosten haben sich in 20 Jahren verdoppelt. Grundsteuer rauf, Wasser teurer, Gebühren steigen, Monat für Monat neue Belastungen, Salami taktik pur. Und was macht die Staatsregierung? – Sie streicht das Krippengeld und kürzt das Familiengeld.

Im Koalitionsvertrag schwärmen Sie immer noch vom Familienland Bayern. Davon ist aber nichts mehr zu sehen. Die kommunalen Haushalte sind ausgeblutet. Die Folgen: Kindergartenbeiträge sollen vielerorts um bis zu 200 % steigen. Eine Mutter mit Teilzeitjob arbeitet bald nur noch für die Betreuungskosten ihrer Kinder. Was ist, wenn diese Mutter mehr Kinder hat, wenn sie zwei oder drei Kinder hat? Was macht sie dann? Das ist sozial ungerecht und für Bayerns Familien ein Schlag ins Gesicht.

(Beifall bei der AfD)

Frühkindliche Bildung ist kein Freizeitangebot, sondern die Grundlage für unser aller Zukunft. Aber wenn sich Familien sie nicht mehr leisten können, dann läuft etwas

fundamental schief. Der Beitragszuschuss des Freistaats verpufft. Heute zahlen Eltern mehr als vor 15 Jahren trotz staatlicher Unterstützung. Selbst wer wenig verdient, bekommt keine Hilfe. Die Jugendhilfeleistungen greifen nur bei Sozialhilfe. Es gibt nicht einmal eine einheitliche Bemessungsgrenze.

Wir verstehen schon, dass Sie kein Interesse mehr an unseren Bürgern haben. Für alles ist Geld da, nur nicht für die eigenen Familien: Bürgergeld für Hunderttausende Flüchtlinge, Millionen für die Asylindustrie und dämliche Gleichstellungsprojekte, kostenlose OPs und Hormonbehandlungen für queere Flüchtlinge. Die Ideologieliste lässt sich endlos fortsetzen. Wir sagen Nein. Jetzt sind unsere fleißigen, steuerzahlenden Familien dran. Deshalb fordern wir als AfD, den Beitragszuschuss für eine spürbare Entlastung zu erhöhen.

Während in Berlin die Kita gratis ist, zahlen Familien in bayerischen Gemeinden über 100 Euro im Monat. Ist das fair? – Nein, das ist ein Skandal. Was macht Herr Söder? – Er ist wahrscheinlich wieder einmal in Berlin.

(Widerspruch bei der CSU)

Statt konsequent für Bayerns Interessen zu kämpfen, will er die Klage gegen den Länderfinanzausgleich zurückziehen, wenn man sich einigt. So verschenkt man Millionen nach Berlin und kürzt gleichzeitig Leistungen für unsere Familien. Sieht das Familienland Bayern so aus? – Definitiv nicht. Ein Kindergartenplatz darf kein Luxus sein, den sich nur Reiche oder Bürgergeldempfänger leisten können. Wir brauchen echte Entlastung, keine Versprechen, keine Mär, es gäbe keine Kürzungen. Was am Monatsende im Geldbeutel bleibt, zählt. Statt für Demokratiebildung in Familien sollten Sie lieber dafür sorgen, dass diese Familien überhaupt noch existieren können und sich selbstbestimmt entfalten dürfen, ohne staatliche Gängelung.

Auch die Mittelschicht leidet längst. Mittlerweile brauchen nicht nur Transferempfänger Hilfe, sondern auch unsere Mittelschicht. Die AfD ist Familienpartei. Wir lassen nicht

zu, dass bayerische Familien weiter geschröpft werden, um Ihre Ideologieprojekte zu finanzieren. Unser Geld ist für unsere Leute. Kinder sind unsere Zukunft.

(Beifall bei der AfD)

Die Familien leisten jeden Tag Großes. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Es ist Zeit, ihnen endlich die Unterstützung und Wertschätzung zu geben, die sie auch verdient haben.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Melanie Huml für die CSU-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

Melanie Huml (CSU): Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gehört, dass die Kollegin gerade noch einmal das Thema Kindertagesstätten angesprochen hat. Wir haben vorhin schon den Gesetzentwurf zum Kinderstartgeld beraten, das für uns ein wichtiger Baustein ist. Die Elternbeiträge in den Kindergärten beschäftigen uns auch.

Aber Sie dürfen nicht vergessen: Wir zahlen bereits jetzt 100 Euro an die Familien, und zwar pro Monat und über die gesamte Kindergartenzeit. Das sind allein 2025 über 520 Millionen Euro, die wir da zahlen werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen geht der Vorwurf, wir wollten nicht in die Familien investieren, ganz klar ins Leere. Er geht ganz klar ins Leere. Das möchte ich hier in dieser Deutlichkeit noch einmal sagen. Wir wollen für die Familien da sein und auch in die Familien investieren. Es ist uns neben dem Kinderstartgeld und der Kindergartenleistung, die direkt an die Eltern geht, aber auch wichtig, in die Strukturen investieren zu können. Daher haben wir einen Teil des Familiengeldes für die Strukturen reserviert.

Überlegen Sie einmal: Würden wir jetzt einfach diesen Beitragszuschuss verdoppeln, dann ginge das Geld zu den Familien, ja, aber wir hätten dann nicht mehr die Möglichkeit, Verbesserungen bei den Strukturen vorzunehmen. Wenn ich mit Familien spreche, höre ich, dass ihnen auch die Qualität im Betreuungsangebot und wie es den Erzieherinnen und Erziehern, wie es dem Personal geht, wichtig ist. Das ist den Familien und den Eltern genauso wichtig. Darin wollen wir auch in Zukunft investieren und dafür das Geld verwenden.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben es richtig angesprochen: Wenn es Eltern finanziell nicht schaffen, dann gibt es die wirtschaftliche Jugendhilfe, die greift. Es ist eben nicht so, dass ein Kind aus finanziellen Gründen nicht in den Kindergarten oder in die Kindertagesstätte gehen kann. Das ist nicht so, sondern es gibt die Möglichkeit, sich vom Staat helfen zu lassen. Daher ist der Weg, den wir bisher gehen, in unseren Augen der richtige Weg. Wir werden diesen Dringlichkeitsantrag heute ablehnen, weil wir weiter investieren wollen: direkt in die Familien durch Beitragszuschüsse, aber auch in die Strukturen und in die Qualität. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Julia Post für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Bitte schön.

Julia Post (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag der Kollegin Roon hat gezeigt, dass es hier gar nicht um die Entlastung von Familien und Eltern geht, sondern dass das Thema wieder einmal nur genutzt wird, um zu hetzen.

Inhaltlich möchte ich sagen, dass wir als Fraktion der GRÜNEN einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt haben. Wir haben uns die Mühe gemacht, uns auch zu überlegen, wie denn eine Entlastung bei den Elterngeldbeiträgen aussehen könnte. Wir

haben in unserem Gesetzentwurf vorgeschlagen, ein Fachgremium zu etablieren, das eine für Kommunen und Gemeinden gleichermaßen gültige Satzung erarbeitet. Dies ist der ganz konkrete Vorschlag, den wir einbringen. Wir haben uns entsprechende Mühe gemacht.

Dieser Antrag ist sehr allgemein. Ich weiß nicht, wie das genau funktionieren soll. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielen Dank. – Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Kollege Anton Rittel. Bitte schön.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Man weiß gar nicht, was man zu diesem Antrag sagen soll. Heute Früh habe ich darüber gesprochen, dass wir in Zukunft 433 Millionen Euro in die frühkindliche Bildung investieren wollen. Das ist gut so, und das finde ich gut, weil frühkindliche Bildung eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, damit unsere Kinder Bildung erfahren. Manche Leute haben das leider Gottes nicht genießen können, und das merkt man. Ich bin schon der Meinung, dass es gut ist, die frühkindliche Bildung ab dem dritten Lebensjahr zu fördern, das machen wir.

Ich kann nicht verstehen, warum jetzt dieser Dringlichkeitsantrag vorliegt, nachdem wir doch heute beschlossen haben, 433 Millionen Euro in die Bildung zu investieren. Dies wurde gegen die Stimmen der AfD beschlossen; sie hat dagegengestimmt. Ich weiß nicht, was Sie wollen. Sie stimmen gegen 433 Millionen Euro, stellen dann aber einen Antrag, dass wir mehr Geld in die frühkindliche Bildung investieren sollen. Ich verstehe das nicht ganz.

Wir haben das Kindergeld nicht halbiert, sondern wir haben es nur gekürzt und zusammengefasst. Das Geld wird in die Bildung investiert, nicht irgendwo anders. Das muss man noch einmal ganz klar und deutlich sagen.

Die Beitragszuschusserhöhung finde ich nicht richtig und nicht gut. Die sozial benachteiligten Familien – das muss man dazu auch ganz klar sagen – erhalten sowieso schon einen Zuschuss; dieser wird sowieso schon gezahlt. Wenn man Bürgergeld bekommt, wird man bei der Kindergartengebühr sowieso schon entlastet. Somit sind die sozial benachteiligten Familien auch schon entlastet, und die Kinder werden auch schon unterstützt.

Zum Schluss kann ich nur noch eines sagen. Es hat eine Umfrage gegeben. Die Eltern von Kindern ab drei Jahren haben die Kindergartengebühren in Deutschland auf einer Skala von 1 bis 6 – 6 ist gut, 1 ist schlecht – mit 4,6 bewertet. Bayern hat in dieser Bewertung 5,1 erhalten. Also sind die Eltern in Bayern im Vergleich zum Rest von Deutschland mit den Kindergärten sehr zufrieden.

Das ist auch ein Grund, warum wir den Antrag ablehnen. Ich habe für diesen Antrag kein Verständnis, weil wir, wie die Kollegin schon gesagt hat, in Zukunft 520 Millionen Euro investieren; die 433 Millionen Euro, die wir einsparen, werden auch noch zusätzlich investiert.

Die frühkindliche Bildung ist uns wichtig. Ich meine, wir machen diesbezüglich schon genügend. Mich wundert es, dass heute Früh die AfD gegen diese 433 Millionen Euro gestimmt hat, jetzt aber einen Antrag stellt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben. Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Die erste stammt vom Abgeordneten Franz Schmid für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Franz Schmid (AfD): Kollege Rittel, wir sind heute Morgen aus dem einfachen Grund gegen das Kinderstartgeld gewesen, weil wir wollen, dass die Unterstützung so wie bisher beibehalten wird. Wir wollen nicht, dass dort gekürzt wird. Wir wollen, dass die Eltern das Geld, das sie jetzt bekommen, weiterhin bekommen. Die Familien planen

mit diesem Geld. Wir hatten viele Petitionen, in denen sich Familien beschwert haben, die nicht wissen, wie es jetzt weitergeht, weil sie auf das Geld angewiesen sind.

Jetzt kommen Sie und kürzen. Wir haben den Dringlichkeitsantrag jetzt eingebracht, um die Eltern weiter zu unterstützen. Die Kitapreise gehen durch die Decke. In Berlin gehen die Kinder kostenlos in den Kindergarten; bei uns werden die bayerischen Familien geschröpft. Deswegen setzen wir uns für die Familien ein. Wir sind auch die einzige Familienpartei. Uns fehlen die jungen Familien.

Herr Rittel, mich würde einfach interessieren, wieso Sie nicht zustimmen.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Das Familiengeld wird nicht gekürzt, sondern wir nehmen das Geld, diese 360 Millionen Euro. Die jungen Familien bekommen immer noch 3.000 Euro. Diese bekommen sie noch; dazu stehen wir auch. Wir unterstützen somit auch die jungen Familien.

Ich weiß nicht, mit welchen Leuten Sie gesprochen haben. Als das beschlossen worden ist, war ich draußen und habe mit den Familien geredet. Diese haben alle dafür Verständnis gehabt, wenn das Geld im System bleibt und wenn es in die frühkindliche Bildung investiert wird. Das machen wir. Wir alle wollen frühkindliche Bildung. Das machen wir hiermit. Damit ist das erledigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung ist von der Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Rittel, ich habe mich jetzt etwas gewundert, weil Sie gesagt haben, dass Sie das Familiengeld nicht halbiert, sondern nur gekürzt und mit etwas anderem zusammengelegt haben.

(Lachen bei der AfD)

Bei den Eltern kommt aber nur genau die Hälfte der Summe an. Wie soll man das verstehen? – Freilich wird die Leistung halbiert, die bei den Familien vor Ort ankommt.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Das Geld ist gekürzt worden; ja, es ist halbiert worden. Der Rest kommt bei der Familie bei der Bildung ab drei Jahren an.

(Zuruf von der AfD – Melanie Huml (CSU): Es wird umgeschichtet! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Doris Rauscher für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Formulierung des Kollegen Rittel muss man wirklich etwas lachen; denn das ist natürlich schon ein Taschenspielertrick. Aber gut, die Debatte hatten wir ja heute schon in der Früh.

Nun zum Antrag der AfD. Es stimmt der Teil, dass mancherorts die Kitabeitragsgebühren durchaus sehr stark angestiegen sind; und ja, es zeichnet sich auch die Tendenz ab, dass manche Eltern mit den hohen Gebühren Probleme haben, dass sie Buchungszeiten für Kinder reduzieren oder vielleicht sogar überlegen, zu welchem Zeitpunkt sie ihre Kinder für eine öffentliche Kindertageseinrichtung anmelden. Das sind durchaus Entwicklungen, die besorgniserregend sind.

Wir als SPD-Landtagsfraktion haben, wie Sie im Hohen Haus alle wissen, dieses Thema auch schon mehrfach eingebracht. Wir brauchen hier dringend Lösungen. Wir als SPD setzen hier aber auf durchdachte und zielgerichtete familien-, bildungs- und kinderpolitische Entscheidungen, nicht auf die Art und Weise, mit der Sie hier ein durchaus öffentlichkeitswirksames, billiges und durchschaubares Heischen nach Applaus platzieren,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

indem Sie den Antrag ins Plenum hochziehen. Wir haben über diesen Antrag ja schon im Sozialausschuss ausführlich diskutiert. – Auch wenn Sie jetzt "Oh!" dazwischenrufen: Das, was Sie hier als Antrag vorgelegt haben, ist wirklich nichts anderes. Ich stelle mir daher schon die Frage: Wie intensiv machen Sie sich eigentlich über wirkliche Verbesserungen struktureller Art in diesem Bereich Gedanken?

Wir als SPD-Landtagsfraktion – auch wenn das in der Debatte hier im Parlament nicht überall auf Gegenliebe gestoßen ist – haben zum Thema Kindertagesbetreuung Anträge im Rahmen eines großen Antragspakets eingebracht. Wir als SPD stehen für eine echte Reform im Kitabereich. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag, der eben vor allem auf Effekthascherei aus ist, heute im Plenum genauso wie im Ausschuss ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen. – CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.